



Frankfurter Allgemeine

SONNTAGSZEITUNG

HERAUSGEGEBEN VON WERNER D'INKA, JÜRGEN KAUBE, BERTHOLD KOHLER, HOLGER STELTZNER

JUNG, WEISS, WEIBLICH

Die freche Sophie Passmann hat ein Buch geschrieben: Ist sie bloß eine Streberin? *Feuilleton*



AIDS-THERAPIE

Patienten zugleich von Krebs und HIV zu befreien – dreimal ging das bisher gut. *Wissenschaft*



ESSEN UND VERDIENEN

Pizza-Bringdienste sind heiß begehrt. Auch an den Börsen. *Geld & Mehr*

ARME KRANKE HAUSTIERE

Wir wollen sie süß, brav und abhängig. Ein Tierpathologe schlägt Alarm. *Politik*



Der WWF und die Wildhüter

Es geht um gravierende Verstöße gegen Menschenrechte, um Folter und Missbrauch. Doch die größte Naturschutzorganisation der Welt sammelt weiter Spenden. *Politik*

Illustration: F.A.S.

Was hilft gegen Mobbing?

Fachleute kritisieren unübersichtliche Maßnahmen: „Gut gemeint, aber nicht gut gemacht“

Mobbing an Schulen wird nicht systematisch bekämpft. Das kritisieren Fachleute, die gemobbten Kindern helfen und die Ursachen von Mobbing erforschen. Sie fordern einen klaren Kurs statt einer unübersichtlichen Zahl von Angeboten, die gegen Mobbing helfen sollen. So hält etwa Christine Freitag aus dem Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Kinder- und Jugendpsychiatrie viele Lehrer für überfordert. „Sie sind fürs Unterrichten da, das haben sie gelernt. Aber sie werden für alles verantwortlich gemacht.“ Jetzt verlange man von ihnen, das Mobbing in den Griff zu kriegen, statt erst einmal zu definieren, was denn eigentlich. Die Mobbing-Forscherin Mechtild Schäfer von der Universität München sieht „eine Heerschar von Programmen“, die „gut gemeint, aber nicht gut gemacht“ seien. „Keiner übernimmt nachhaltig Verantwortung dafür“, sagte sie dieser Zeitung.

Mobbing und vor allem neue Formen des Cybermobbings beschäftigen viele Kinder und Lehrer. Jeder dritte Schüler in Deutschland hat Angst vor Mobbing. Das ergab eine Studie der Bertelsmann-Stiftung, die vor kurzem erschien. Und eine Untersuchung im Rahmen der Pisa-

Studie zeigt, dass in Deutschland jeder sechste 15-Jährige regelmäßig, das heißt mindestens ein paarmal im Monat, Opfer von Mobbing wird. Das belastet die Kinder psychisch enorm, auch, weil sie sich aus Scham oft nicht Erwachsenen anvertrauen und allein mit ihren Sorgen sind. Ärzte berichten von Kindern, die wegen starker Kopfschmerzen oder Lähmungserscheinungen in die Praxis kommen; im Laufe der Untersuchung berichteten die Patienten dann von Mobbing. Die öffentliche Aufmerksamkeit für das Problem ist zwar groß; doch unübersichtlich ist die Zahl von Initiativen, Netzwerken, Programmen und Leitfäden, mit denen versucht wird, es in den Griff zu bekommen.

Die Kultusministerkonferenz verweist darauf, dass die Bekämpfung von Mobbing Ländersache sei. Wenn es zu Mobbing komme, „sollte dies immer schnellstmöglich und vor Ort angegangen und aufgeklärt werden“, teilte ein Sprecher der F.A.S. mit. „Daher ist es in erster Linie ein Thema, welches nicht länderübergreifend durch die Kultusministerkonferenz geregelt wird.“

Das klappt mal besser, mal schlechter: je nach Bundesland und Schule. „Aber

die Schulen müssten an einem Strang ziehen“, kritisiert Mobbing-Forscherin Schäfer. Derzeit wüssten Lehrer kaum, welche der zahlreichen Ansätze gegen Mobbing hilfreich seien. Viele Programme seien nicht richtig evaluiert und würden mitunter auch nicht nachhaltig umgesetzt. Christine Freitag von der Gesellschaft für Jugendpsychiatrie wünscht sich etwa, dass gut ausgebildete Sozialarbeiter flächendeckend Lehrer unterstützen.

Der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes Heinz-Peter Meidinger stimmt ihr darin zu, dass an Schulen oft noch nach dem richtigen Umgang mit Mobbing-Fällen gesucht werde. Meidinger, selbst Schuldirektor, lobt den Einsatz vieler Lehrer, sagt aber auch, dass es Kollegen gebe, „die Probleme haben, mitzukriegen, was jenseits des Unterrichts passiert“. Das Mobbing im Internet und in Chatgruppen habe die Sache verschärft. Andere Lehrer berichten von Exzessen in Whatsapp-Gruppen, wo etwa Bilder kursierten, in denen der Kopf eines Kindes auf den Körper eines Pornodarstellers montiert werde. Die Eltern der Täter wehrten teilweise Gespräche darüber ab; zum Teil glaubten sie den Lehrern nicht, zum Teil vertraten sie

die Ansicht, sowieso keinen Einfluss auf das Chatverhalten der Jugendlichen nehmen zu können. Schuldirektor Meidinger sagt: „Wir wissen noch nicht, wie wir mit dem Thema Whatsapp umgehen.“

Das Mobbing im Internet und in Chats stellt Lehrer vor Probleme, die sie mit ihren Strategien gegen herkömmliches Mobbing nicht lösen können. Zwar halten Jugendpsychologen beide Formen für ähnlich belastend. Aber jemanden im Netz zu mobben ist leichter, und die Schmähungen verfolgen die Opfer länger. Denn die kränkenden Fotos und Sätze kursieren teilweise jahrelang im Internet und auf den Smartphones anderer Jugendlicher. „Die Schüler empfinden die Hilflosigkeit dadurch in noch existentiellerem Maße“, sagt Mobbing-Forscherin Schäfer. Schuldirektor Meidinger berichtet, dass zum Teil schon elf-, zwölfjährige Schüler eigene Accounts auf Instagram hätten, wo sie Fotos von sich und anderen zeigten. Die Schüler könnten die Accounts so einstellen, dass nur ausgewählte Leute die Bilder sehen; so kriege Erwachsene nicht mit, was dort zu sehen ist. Die Fotos von dort werden dann mitunter über Whatsapp weiterverbreitet. *fbau.*

Häuser in der Provinz teurer

Nachdem zuerst Eigentumswohnungen in den Metropolen immer teurer geworden sind, betrifft dies nun auch Häuser auf dem Land. In den vergangenen fünf Jahren haben sich in 94 Prozent der deutschen Regionen die Preise zwischen 10 und 65 Prozent erhöht, wie eine Auswertung des Dienstleisters für Immobilienbewertung Sprengnetter zeigt. Im Großraum München haben sich die Hauspreise fast verdoppelt. Aber auch in der niedersächsischen Provinz, in Kassel, Trier und im Berliner Umland stiegen sie um nahezu 60 Prozent. Dieser Wertzuwachs hat viele Deutsche reicher gemacht: Das Immobilienvermögen der privaten Haushalte ist laut Statistischem Bundesamt in sieben Jahren um rund eine Billion Euro gestiegen. *jul.*

Seite 56

Wagenknecht tritt zur Seite

Die Linken-Fraktionschefin Sahra Wagenknecht will sich aus der Führung der von ihr gegründeten Bewegung „Aufstehen“ zurückziehen. „Wir brauchen eine Neuaufstellung an der Spitze von Aufstehen“, sagte Wagenknecht dieser Zeitung. „Die Parteipolitiker sollten sich zurücknehmen, das betrifft auch mich selbst. Sie waren mit ihren Erfahrungen anfangs notwendig. Aber jetzt ist es richtig, Verantwortung abzugeben.“ Die Bewegung könne „besser leben, wenn sie den Neben übergeben wird, die sie an der Basis ohnehin tragen“. Sie werde „Aufstehen“ weiter unterstützen, etwa durch öffentliche Auftritte. „Aber ich muss auch sehen, welches Arbeitspensum ich schaffe. Dass ich jetzt zwei Monate krankheitsbedingt ausgefallen bin, hatte auch mit dem extremen Stress der letzten Jahre zu tun. Da muss ich eine neue Balance finden.“

Wagenknecht gestand zwei Fehleinschätzungen ein. „Die Parteien, die wir ansprechen wollten, haben sich eingemauert“, sagte sie. Man habe aus der Sackgasse herauskommen wollen, dass es für mehrheitsfähige Forderungen keine Mehrheiten im Bundestag gebe. „Aber die Parteiführungen von SPD und der Linken fühlen sich in der Sackgasse offenkundig so wohl, dass sie die Chance, die 'Aufstehen' mit seiner großen Resonanz bedeutet hat, ausgeschlagen haben.“ Außerdem habe sie „die Schwierigkeit unterschätzt, auf rein ehrenamtlicher Basis solide Strukturen für so viele Menschen zu schaffen und unsere Unterstützer dann auch in großer Zahl auf die Straße zu bringen“. Ein Misserfolg sei die Bewegung jedoch nicht. „Wir haben 170 000 Unterstützer, es gibt 200 Ortsgruppen, Tausende engagieren sich vor Ort“, sagte die Politikerin. *boll.* Seiten 8 und 20

Wahlausgaben bleiben stabil

Trotz der gestiegenen Bedeutung der Europawahl wollen die großen Parteien ihre Ausgaben für die Kampagne im Vergleich zum letzten Mal nicht erhöhen. CDU und SPD investieren in den Wahlkampf zehn beziehungsweise elf Millionen Euro, genauso viel wie 2014. Die Parteizentralen weisen darauf, dass angesichts von Sparzwängen und schrumpfender Wählerschaft schon in den stabilen Etats ein Bekenntnis zu Europa liege. Bei der FDP steigt das Budget von einer Million auf 2,5 Millionen Euro. Alle Parteien geben für die Europawahl erheblich weniger aus als für die zurückliegende Bundestagswahl. Sie kostete CDU und SPD ungefähr doppelt so viel, die Grünen sogar dreimal so viel wie die anstehende Europawahl. *boll.* Seite 21

Orbán unter Druck

ÖVP-Politiker Karas: Politik der Lügen muss aufhören

Die christlichen Demokraten in Europa verstärken ihren Druck auf Viktor Orbán. Zwar wurde dessen Entscheidung, eine Kampagne gegen EU-Kommissionspräsident Juncker einzustellen, im Umfeld des Spitzenkandidaten der Europäischen Volkspartei, Manfred Weber, als „guter Anfang“ bewertet. Doch legt nun Öhrnar Karas nach. Er führt die ÖVP-Liste für die Europawahl in Österreich an. Karas sagte dieser Zeitung: „Es geht nicht darum, ob sich die Plakatkampagne um Migration oder um Familienpolitik dreht. Viktor Orbán muss endlich aufhören, mit Lügen, erfundenen Feindbildern, Schuldzuweisungen und Antisemitismus Politik zu machen. Das muss ein für alle Mal aufhören.“ Er bezog sich damit auf die Ankündigung der ungarischen Regierung, nun die Familienpolitik in den Fokus zu rücken. Orbán pflegte lange Zeit gute Beziehungen zur ÖVP, doch hat sich in jüngster Zeit nicht nur Karas vom ungarischen Partei- und Regierungschef distanziert, sondern auch der Vorsitzende Sebastian Kurz.

Die Europäische Volkspartei, das Bündnis der christlichen Demokraten in Europa, wird am 20. März auf einer Delegiertenversammlung über die Mitgliedschaft des Fidesz, der Partei Orbáns, entscheiden. Nach Angaben der EVP haben bisher 13 Mitgliedsparteien aus zehn Ländern den Antrag gestellt, die Partei auszuschließen oder zu suspendieren. Damit wurde das notwendige Quorum für eine Abstimmung deutlich übertroffen. Die Anträge kommen von Parteien aus dem Norden und Süden der EU, einer auch aus Litauen.

Darunter sind große Mitgliedsparteien aus den Niederlanden, Portugal und Griechenland. Die Vorsitzenden von CDU und CSU haben zwar keinen solchen Antrag gestellt, aber Orbán zur Umkehr aufgefordert. Am Montag will das CDU-Präsidium über den weiteren Umgang mit dem Ungarn beraten. In der EVP wird als entscheidend für die Zukunft des Fidesz angesehen, welche Position die Union einnimmt.

Spitzenkandidat Weber von der CSU hat Orbán drei Bedingungen gestellt. Er soll die Kampagne gegen Juncker sofort beenden, deren Schaden öffentlich eingestehen und die Wissenschaftsfreiheit in Ungarn garantieren. Das bezieht sich konkret auf die von George Soros gegründete Central Eastern University in Budapest, die von der ungarischen Regierung seit 2017 drangsaliert wird und einen Teil ihrer Studiengänge nach Wien verlegt hat. Weber verlangt eine sichere Rechtsgrundlage dafür, dass wenigstens der andere Teil in Budapest bleiben kann. Sollte Fidesz diesen Forderungen nicht nachkommen, „bliebe nur noch, den Ausschluss zu vollziehen“, drohte Weber.

In der EVP gibt es seit vergangener September eine Absetzbewegung von Orbán. Damals hatten ihre Abgeordneten im Europäischen Parlament mehrheitlich für ein Rechtsstaatsverfahren gegen Ungarn gestimmt. Rückhalt genießt Orbán nur noch bei der Forza Italia, Teilen der französischen Konservativen und kleineren osteuropäischen Parteien. Am Freitag brachte er selbst einen Austritt aus der Parteienfamilie ins Gespräch. *T.G.*

May abermals gescheitert

Der Versuch von Premierministerin Theresa May, die Auffanglösung für Nordirland nach dem Brexit aufzuweichen, ist abermals gescheitert. Führende Vertreter ihrer Partei zeigten sich am Samstag enttäuscht über die EU. Deren Chefunterhändler Michel Barnier hatte die Position der 27 Mitgliedstaaten am Freitagabend über Twitter bekanntgegeben. Er verwies auf bestehende Klauseln im Austrittsabkommen und bot eine rechtlich bindende Klärung an. Barnier bekundete außerdem, dass nach dem Brexit nur Nordir-

land, nicht aber das gesamte Vereinigte Königreich in einer Zollunion mit der EU bleiben müsse. Der Vorschlag war nicht neu, die Konservativen wiesen ihn umgehend zurück. Obwohl die Verhandlungen zwischen Brüssel und London auf technischer Ebene über das Wochenende weiterlaufen, wurde hier wie dort nicht mehr mit einem Durchbruch gerechnet. May sieht nun einer weiteren Niederlage entgegen, wenn sie das Unterhaus am Dienstag zum zweiten Mal über ihr Austrittsabkommen abstimmen lässt. *T.G.*

Fotos: Matthias Ludecke, PantherMedia, Getty



FERRARI GIBT GAS

Vettel hat das schnellste Auto: Vor dem Saisonstart sieht die Formel 1 Rot.

Sport

WAS DIE WÄCHTER SAGEN

Museumsaufseher sprechen über ihre liebsten Kunstwerke.

Rhein-Main

DIE POESIE DER TAT

Was trieb Stauffenberg zum Attentat?

Feuilleton



Letzte: 8.12.20, 22.32, 33, 34 •
 Spät 77: 7.7.2.1.1.1
 Super 6.7.7.1.1.1
 Alle Zahlen ohne Gewähr. *Superzahl
 Kundenservice: (0 69) 75 91-10 00
 Im Internet: www.faz.net/meinabo
 Abbestellung: (0 69) 75 91-33 39
 Im Internet: www.faz.net/bo



4 190349 904407

Angst vor dem WWF

Die Organisation finanziert Wildhüter, die Ureinwohner malträtieren. Das geht schon lange so, in Kongo wie in Kamerun. *Von Stefan Tomik*



Baka auf der Jagd im Südosten Kameruns – Pfeil und Bogen oder Schlingen dürfen sie vielerorts nicht mehr verwenden.

Foto: susan images / nature picture library / Cyril Raou

Im Februar veröffentlichte der World Wide Fund For Nature Deutschland eine Reihe von Artikeln über seine Arbeit im kongolesischen Nationalpark Salonga zum Schutz bedrohter Tiere. „Sanftmütig und rätselhaft“ seien die Bonobos, mit dem Menschen eng verwandte Affen, die es nur noch hier in Kongo gebe. „Die Hippias unter den Primaten“ hätten „Sex nicht nur zur Fortpflanzung“, erfährt der Leser, sondern auch zur Begrüßung und Konfliktlösung. Unter der Überschrift „Naturwunder Salonga – Welterbe in Gefahr“ war zu lesen, die Wilderei sei nach wie vor die größte Bedrohung für die Artenvielfalt. Deshalb sei klar, „Salonga braucht mehr Ranger.“ Mit keinem Wort ging die Organisation auf die schweren Menschenrechtsverletzungen ein, die von ihm mitfinanzierte Ranger in Salonga begangen haben sollen. Dabei war die Mission dort längst außer Kontrolle geraten.

Der World Wide Fund For Nature, kurz WWF, ist die größte Naturschutzorganisation der Welt. Sie hat Millionen Spender und ist in mehr als hundert Ländern tätig. Sie arbeitet mit Konzernen und Regierungen zusammen, auch im Kongobecken, besonders eng sogar in Salonga, dem größten geschützten Primärwald Afrikas. Der WWF leitet den Nationalpark dort gemeinsam mit der kongolesischen Naturschutzbehörde. Die deutsche Regierung fördert das Projekt seit Jahren. Der Parkleitung unterstehen etwa dreihundert meist bewaffnete Wildhüter, die das Gebiet patrouillieren und Wilderei verhindern sollen. Durch einen Bericht der amerikanischen Webseite „Buzzfeed“ wurde nun öffentlich, dass einige dieser Wildhüter über Jahre hinweg Einheimische terrorisiert haben sollen. Mitarbeiter der britischen Rainforest Foundation fanden „Belege für weit verbreiteten körperlichen und sexuellen Missbrauch durch Wildhüter“, darunter Gruppenvergewaltigungen, Tötungen und viele Fälle von Folter. Im August 2015 sollen Wildhüter einen Mann, der gefesselt hat, auf einem Dorfplatz gefoltert und umgebracht haben – um vor aller Augen ein Beispiel zu statuieren.

Im vergangenen Sommer hatte der WWF selbst eine Untersuchung beauftragt. Mehrere Wildhüter sollen suspendiert oder entlassen worden sein. Doch das erfährt die Öffentlichkeit erst jetzt auf Nachfrage der Journalisten. Für den WWF war die Veröffentlichung der zweiten heftige Schlag innerhalb weniger Tage. Erst am Montag hatte „Buzzfeed“ auch über Menschenrechtsverletzungen in Nepal, Indien und Kamerun berichtet. Immer folgten sie demselben Muster: Vom WWF unterstützte Wildhüter misshandelten mutmaßliche Wilderer oder Dorfbewohner, um Geständnisse oder Informationen zu erpressen. Manche der Ranger gaben offen zu, dass sie eine Art Wartenbetriebe betrieben. Einige Fälle sollen anschließend verurteilt, ein Täter sogar ausgezeichnet worden sein.

Der WWF zeigte sich diese Woche „zutiefst bestürzt“ und gelobte Transparenz. Man habe sofort „eine umfassende Untersuchung eingeleitet“ und werde Konsequenzen ziehen, sollten sich die Vorwürfe bewahrheiten. Der deutsche WWF-Vorstand Christoph Heinrich schrieb, die Organisation sei „an einigen der schwierigsten und gefährlichsten Orte im Einsatz“ und müsse dafür auch mit Staaten zusammenarbeiten, die „nicht unseren Standards von Rechtsstaatlichkeit entsprechen“. Das sei „oftmals ein Gratzwischenfeld“. Doch „für uns als Richtschnur gilt, dass wir keine Zusammenarbeit suchen, wo erkennbare oder erwartbare Menschenrechtsverletzungen zu befürchten sind“. So überraschend, wie es nun klingt, kommen die Vorwürfe allerdings nicht. Seit vielen Jahren bekam der WWF immer wieder Hinweise auf gravierende Menschenrechtsverletzungen. Fraglich ist, ob die Organisation genug dagegen unternahm. Gewiss ist, dass sie ihre Arbeit trotzdem fortsetzte.

In Kamerun zum Beispiel. Dort lebt das Volk der Baka seit Jahrhunderten im und vom Wald. Die Baka jagen und fischen, sammeln Südkartoffeln, Nüsse, wilde Früchte, Heilpflanzen. Doch ihre traditionelle Lebensweise geriet in Gefahr, als die Regierung große Teile ihres Landes zur Abholzung freigab. Auf Forstwegen stießen Arbeiter und Bauern tief in das zuvor unerreichte Gebiet vor. Viele Baka leben heute in ärmlichen Dörfern entlang der Straßen als ausgebeutete Tagelöhner, manche sprechen von „Sklaverei“. Den Baka schlägt in Kamerun offener Rassismus anderer Ethnien, vor allem der Bantu, entgegen.

Der WWF hat diese Situation nicht verschuldet. Aber er hat sich schenken Augen in sie hineinbegeben, als er eine Zusammenarbeit mit der Regierung anbahnte. 1990 eröffnete die Organisation ihr erstes Büro in Kamerun. Schon damals warnten Fachleute, dass die Baka ihre Lebensgrundlage zu verlieren drohten. Mit Hilfe des WWF wurden im Südosten des Landes drei Nationalparks ausgewiesen: Lobéké, Bounba Bek und Nki. Baka mussten ihre Waldlager verlassen, Dörfer wurden zerstört, der Regenwald in viele Zonen zersäht. Für die Baka hat das die Lage weiter verschlechtert, sogar die traditionelle Jagd mit Pfeil

und Bogen, Netzen und Schlingen wurde ihnen in den Nationalparks und anderen weiträumigen Zonen verboten. Ein stolzes Waldvolk wurde zu Fremden im eigenen Land, aus geschickten Jägern wurden „Wilderei“.

Nationalparks einzurichten und die Rechte der Indigenen ohne deren Zustimmung zu beschneiden, verstößt gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker, wie es in internationalen Abkommen festgehalten ist. Es verstößt auch gegen die selbstgesetzten Prinzipien des WWF. In einer „Grundsatzklärung über indigene Völker und Naturschutz“ von 1997 heißt es, die Organisation werde keine Projekte unterstützen, „die nicht die informierte vorherige Zustimmung der betroffenen indigenen Gemeinschaften erhalten haben“.

Laut dem WWF waren auch Baka-Organisationen in die Ausweisung der Parks einbezogen worden, aber den hohen eigenen Standards genügte das Verfahren nicht. Denn die Baka durften kaum mitreden. Wenn die Regierung Vertreter in die Dörfer schickte, wurde nur Französisch gesprochen, nicht die Sprache der Baka, die meist weder schreiben noch lesen können. Die Dorfvorsteher, die verhandelten, waren oft Bantu – die ihrerseits die Baka verachteten. Der WWF pumpte trotzdem viel Geld in die neuen Nationalparks und half beim Aufbau der Wildhütertruppen, die Wilderer jagen sollten.

Hinweise auf Menschenrechtsverletzungen waren nicht zu übersehen. 2003 wies das „World Rainforest Movement“ in seinem Bulletin auf „ernste Probleme“ hin. Das Volk der Baka werde seiner traditionellen Rechte beraubt, sich aus dem Wald zu ernähren. Die „internationale Naturschutzgemeinschaft“ gemeint waren auch Organisationen wie der WWF – habe sich „fortwährend über die Bedenken hinsichtlich des Lebensunterhalts und der Lebensweise der lokalen Gemeinschaften hinweggesetzt“.

Der WWF bildete die Wildhüter der Parks aus, bis 2009 zahlte er sogar ihre Gehälter. Bis heute liefert er die Ausrüstung – Zeltplanen, Regenjacken, Trinkflaschen, GPS, Ferngläser, Moskitonetze. Die Wildhüter sind manchmal tagelang im Gelände unterwegs. Und weil ihnen Fahrzeuge fehlen, werden sie von WWF-Mitarbeitern gefahren. Dass die Wächter in weißen WWF-Autos kamen, führte dazu, dass die Baka sie als „dobbobi“ bezeichneten – ein Ausdruck der Baka-Sprache für die Buchstaben WW. In den Augen der Baka verschwammen WWF und staatliche Wildhüter zu einer einzigen Truppe. Und zwar zu einer gefährlichen. Viele rannten weg, wenn sie ein WWF-Auto kommen sahen.

Auch die lokale Presse setzte Ranger und WWF gleich. In den folgenden Jahren häuften sich Berichte über Parkwächter, die Baka drangsalieren haben sollen – innerhalb wie außerhalb der Nationalparks. Die kamerunische Zeitung „L'Actu quotidien“ begann im Juni mit einem Artikel unter der Überschrift „WWF der Schikane beschuldigt“ mit den Worten, die Organisation sei bei den Baka „nicht willkommen“. In vielen Orten seien Menschen Opfer von Aggressionen und Brutalität geworden, „orchestriert von WWF-Mitarbeitern“. Sie seien mit Gürteln, Ästen oder Macheten geschlagen worden. In manchen Dörfern bekamen Frauen und Männer „Gänsehaut, sobald man den Begriff WWF erwähnt“.

In die Dörfer kommen die Wildhüter, manchmal begleitet von Polizisten oder Soldaten, wenn sie dort Wilderei vermuten oder Informationen beschaffen wollen. Sie kommen vor allem nachts, verbreiten Angst und Schrecken. Im März 2009 erlebte eine amerikanische Forscherin so eine Razzia mit. Sarah Strader sah, wie Parkwächter im Dorf Ngato Ancien in der Dunkelheit einen mutmaßlichen Wilderer, der auf dem Boden lag, mit Fäusten und Gewehren schlugen. Eine Freundin drängte sie dazu, sich zurückzu-

ziehen, „zu meiner eigenen Sicherheit“. Die Baka kennen den Wald wie niemand sonst. Das wissen auch die Wilderer. Sie bieten ihnen Geld, um sie als Führer für ihre illegalen Jagden zu benutzen. Manche Baka erliegen der Versuchung. Deshalb beginnen Parkwächter ihre Suche nach Wilderern oft in den Baka-Dörfern.

In Ngato Ancien blieben sie einige Tage. „Am nächsten Morgen tranken viele Baka schon sehr früh viel Alkohol“, beobachtete Strader. „Den ganzen Tag über verschwanden Leute.“ Eine Mutter, deren Sohn die Männer am frühen Morgen für ein weiteres Verhör in den Wald mitgenommen hatten, habe befürchtet: „Sie werden ihn umbringen.“ Die Wildhüter redeten verblüffend offen über ihre Methoden. „Als ich sie fragte, was passiert wäre, wenn ein weiterer Verdächtiger gefunden würde, sagte einer: ‚Wir werden ihm seine Haut abziehen‘. Es gab kein Verständnis für ein faires Verfahren, die Unschuld nicht verfolgen können, weil wichtige Daten gefehlt hätten, Zeitangaben und Namen. Survival habe diese Daten nicht herausgegeben. Survival wollte jedoch erreichen, dass der WWF selbst Verantwortung übernimmt und aktiv wird, statt darauf zu warten, dass andere Organisationen die Fälle zusammentragen. Offenbar war es auch gar nicht so schwer, Täter zu ermitteln. Schon 2015 hatte eine eigene Untersuchung des WWF ergeben: „Die Gemeinden berichten von vielen Fällen von Misshandlung und Menschenrechtsverletzungen, die Täter sind identifiziert und bekannt, werden aber von ihren Vorgesetzten nicht diszipliniert, trotz der Inkriminierung durch Gemeinden mit Belegen und Zeugenaussagen der Opfer.“ Die Studie blieb unter Verchluss, bis Survival 2017 Teile daraus öffentlich machte. Sie liegt dieser Zeitung vollständig vor.

Der WWF beteuert, man habe Beschwerden über Wildhüter immer an die Regierung weitergegeben und Druck gemacht, mehr könne man jedoch nicht tun. Der WWF sei nicht Vorgesetzter

und dokumentierte sie in Videos und Stellungnahmen. Immer wieder berichteten die Menschen von Schlägen mit Macheten, Diebstählen, degradierender Behandlung. Sie mussten sich demnach ausziehen, niederknien, wurden mit Wasser übergossen, auch wenn sie Kinder dabei hatten.

Die Leute von Survival hatten das Gefühl, mit ihren Beschwerden beim WWF nicht durchzudringen. Sie strengten ein Mediationsverfahren bei der OECD an. Der WWF willigte ein, doch die Atmosphäre war von Anfang an vergiftet. Survival fand, der WWF ignoriere das Problem; WWF-Leute fanden das ehrenrührig und meinten, Survival gehe es nur darum, auf ihre Kosten Politik – und Spenden – zu bekommen.

Der WWF behauptete damals, auch gegenüber dieser Zeitung, man habe die von Survival gesammelten Verdachtsfälle nicht verfolgen können, weil wichtige Daten gefehlt hätten, Zeitangaben und Namen. Survival habe diese Daten nicht herausgegeben. Survival wollte jedoch erreichen, dass der WWF selbst Verantwortung übernimmt und aktiv wird, statt darauf zu warten, dass andere Organisationen die Fälle zusammentragen. Offenbar war es auch gar nicht so schwer, Täter zu ermitteln. Schon 2015 hatte eine eigene Untersuchung des WWF ergeben: „Die Gemeinden berichten von vielen Fällen von Misshandlung und Menschenrechtsverletzungen, die Täter sind identifiziert und bekannt, werden aber von ihren Vorgesetzten nicht diszipliniert, trotz der Inkriminierung durch Gemeinden mit Belegen und Zeugenaussagen der Opfer.“ Die Studie blieb unter Verchluss, bis Survival 2017 Teile daraus öffentlich machte. Sie liegt dieser Zeitung vollständig vor.

Der WWF beteuert, man habe Beschwerden über Wildhüter immer an die Regierung weitergegeben und Druck gemacht, mehr könne man jedoch nicht tun. Der WWF sei nicht Vorgesetzter

der Wildhüter und könne sie nicht in die Schranken weisen. Das sei eine hoheitliche Aufgabe. Es ist dem WWF sehr wichtig, auf diesen Unterschied hinzuweisen. Freilich ist der WWF zugleich einer der Hauptfinanziers der Nationalparks, er hat die Wildhüter ausgebildet, bezahlt und ausgestattet. Er beherbergt sie und fährt sie durchs Land. Er verweist auch gerne auf die Erfolge seiner Naturschutzarbeit. Aber wenn es Probleme mit Menschenrechtsverletzungen gibt, soll allein die Regierung von Kamerun verantwortlich sein.

Die Lage im Land ist komplex. Nicht alle Baka wollen noch auf traditionelle Weise im Wald leben, sie wollen Bildung und Krankenversorgung. Auch die Baka profitieren davon, wenn die industrialisierte Wilderer-Mafia aus ihren Wäldern ferngehalten werden. Und auch die Wildhüter haben Angst, vor allem vor skrupellosen Wilderern. Immer wieder werden Ranger im Einsatz getötet. Man kann auch darüber streiten, ob es den Baka besserginge, wenn der WWF Kamerun verließ. Aber kann man eine Mitverantwortung für Menschenrechtsverletzungen abstreiten, wenn man in einem aufgeheizten ethnischen Konflikt eine Seite aufrüstet, nämlich Wildhüter einer korrupten Regierung, die praktisch unter fast vollständiger Straffreiheit agieren?

Beim Mediationsverfahren bei der OECD kam es zu einem frostigen Treffen im Juni 2017 in Bern und einiger ätzender Korrespondenz. Im September ließ Survival das Verfahren platzen, weil die Organisation die Ernsthaftigkeit des WWF in Abrede stellte. Durch die Veröffentlichung von Details aus dem Prozess verletzte Survival die Regeln. Öffentlich bekriegte man einander. Der WWF polterte: „Mit Befremden mussten wir feststellen, dass sich Survival mit einer Kampagne gegen den WWF wendet – eine der wenigen Organisationen, die vor Ort mit den Baka für ihre Rechte kämpft.“

Mit den Baka für ihre Rechte? In der WWF-eigenen (unveröffentlichten) Studie von 2015 sind dazu auch ganz andere Passagen zu finden: „Die Baka bestätigen, dass sie nicht konsultiert wurden, sondern ihr Land ohne ihre Zustimmung zu Nationalparks umgewandelt vorgefunden haben.“ Und der WWF habe zur Schaffung von Gebieten „beigetragen, in denen die Rechte der Baka verletzt wurden, als ihr Land enteignet ... wurde.“ Über die brutalen Wildhüter heißt es: „Obwohl der WWF Kamerun diese Patrouillen nur mitfinanziert, erkennt er seine Mitverantwortung an und ist zutiefst besorgt darüber, dass solche Missbräuche gegen die WWF-Grundsatzklärung über indigene Völker und Naturschutz verstoßen.“

Survival ist nicht die einzige Menschenrechtsorganisation, die den WWF kritisiert. Die Rainforest Foundation schied schon aus „einem enormen Kluft zwischen Menschenrechtsverpflichtungen ... und der Realität“. Die Gesellschaft für bedrohte Völker spricht von einem „Graubereich“, in den sich der WWF begibt, und warnt vor einem Glaubwürdigkeitsproblem. „Der Spender erwartet, dass es eine Stimmigkeit gibt zwischen Botschaften und Umsetzung vor Ort“, sagt Direktor Ulrich Delius. „Tierschutz muss einen Blick fürs Ganze entwickeln und verantwortungsvoller agieren.“

Was hat der WWF konkret gegen Menschenrechtsverletzungen in den drei Nationalparks unternommen – außer bei der Regierung „Druck“ zu machen? Menschenrechtstrainings sind laut WWF integraler Bestandteil der Ausbildung von Wildhütern in Kamerun. Und man habe nach langer Arbeit bei der Regierung bewirken können, dass auch Baka als Wildhüter eingestellt würden, obwohl ihnen eigentlich der notwendige Bildungsabschluss fehle. Eine Gruppe von Studenten der Berliner Humboldt-Universität, die für die Kreditanstalt für Wiederaufbau vergangenes Jahr eine Fallstudie zu Indigenen im Lobéké-Park machte, fand dort jedoch keine Baka-Wildhüter vor.

Mittlerweile wurde laut WWF eine Hotline für Menschenrechtsbeschwerden der Baka eingerichtet. Wie die Nummer lautet, wohin sie führt und wie sie bei den Baka im Regenwald bekanntgemacht wurde, ist beim WWF Deutschland aber nicht zu erfahren. Sollten die Baka kein Telefon haben, können sie sich angeblich auch an eine lokale Organisation wenden, die Beschwerden entgegennehme. Wie diese Organisation zu erreichen ist, teilt der WWF Deutschland nicht mit. Nach Einschätzung der Gruppe der Humboldt-Uni ist das Arrangement wirkungslos: „Weder kennen die Menschen den Mechanismus, noch ist dieser zugänglich, da sich die Beschwerdestelle Hunderte Kilometer entfernt in der Stadt Yokadouma befindet.“

Kamerun ist nur eines von vielen Ländern, in denen die Organisation arbeitet. Immer wieder tauchen dieselben Probleme auf. Offiziell weist der WWF jede Mitverantwortung für Menschenrechtsverletzungen zurück. Die Glaubwürdigkeitskrise, in der er jetzt steckt, wäre eine Gelegenheit, die Strategie zu überdenken, Fehler einzugestehen. WWF International hat die britische Anwaltskanzlei Kinsley Napley beauftragt, den Vorwürfen nachzugehen. Sie verfügt laut ihrer Selbstdarstellung über besondere Fähigkeiten im „Reputation Management“.